

Was ist Deutschlands Rolle?

Rainer Arnold bei SPD-Ortsverein Neuffen-Beuren-Kohlberg

(pm) Angesichts der aktuellen Krisenherde, der Nachrichten über Gewalt und Verletzung von Menschenrechten ist die Frage nach der Verantwortung Deutschlands auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik drängender denn je: Wie sollte sich Deutschland bei der Lösung der internationalen Krisen beteiligen? Welche Folgen hat ein Nicht-Handeln? Über diese Fragen diskutierte MdB Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, kürzlich mit vielen Gästen bei einer Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Neuffen-Beuren-Kohlberg.

Arnold erweiterte zu Beginn seines Referates den Begriff „Sicherheit“ um „Nicht-Militärisches“: „Ich meine, dass dazu auch Diplomatie, Präventionspolitik und eine faire Wirtschaftspolitik gehören“, so Arnold.

Er erinnerte daran, dass die Bundeswehr in der Vergangenheit bereits an 17, von der UNO legitimierten, Auslandseinsätzen beteiligt war. Verwundert zeigte er sich über jüngste repräsentative Umfrageergebnisse: 82 Prozent der Deutschen seien dafür, bei drohendem Völkermord (zum Beispiel wie in Ruanda) militärisch zu intervenieren; aber 60 Prozent gleichzeitig sagten, Deutschland solle sich daran nicht beteiligen. „Ich kann das nur als schizophren bezeichnen“, so Arnold.

„Ethisch verantwortbar ist für mich ein Eingreifen dann“, so Arnold, „wenn wir es können und dadurch ein Abschlichten von unschuldigen Zivilisten verhindern“. Alleingänge Deutschlands seien nicht vorstellbar! Der ehemalige Bundespräsident Köhler habe unter anderem sein Amt verloren, weil er eigentlich Selbstverständlichkeiten ausgesprochen habe: „Natürlich haben wir legitime Wirtschaftsinteressen; Wohlstand stabilisiert doch unsere Demokratie. Unsere Marine operiert zurecht vor

Somalia; die meisten Container, die durch diese Meerenge befördert werden, sind unsere. Kann man ernsthaft verlangen, dass andere Nationen alleine den Schutz des Handels dort übernehmen sollen?“

In Osttimor habe Deutschland auf Bitten der UNO erfolgreich eingegriffen, weil ein politisches und operatives Konzept vorgelegen habe. Zudem könne Deutschland so seine „legitimen Gestaltungsinteressen in internationalen Organisationen wahrnehmen“.

Wo denn sozialdemokratische Politik erkennbar sei, fragte ein Besucher. „Auf jedem SPD-Parteitag der letzten Jahre forderten wir mehr Gemeinsamkeiten mit unseren Verbündeten. Unsere Partner müssen sehen, dass wir das auch ernst meinen“, antwortete Arnold und warnte vor einem deutschen Sonderweg. Es könne doch nicht sein, dass Deutschland noch einmal seine Soldaten von den Awacs-Flugzeugen abziehe, zumal diese ohne Deutsche kaum einsetzbar seien, weil 40 Prozent der Besatzungen dort Deutsche seien!

Auf Nachfrage ging Rainer Arnold auch noch auf den Ukraine-Konflikt ein. Keinerlei Verständnis zeigte er für den klaren Völkerrechtsverstoß Putins bei der Annektierung der Krim. Zudem bestritt er, dass der Westen nach der Wiedervereinigung Deutschlands Zusagen gegenüber der Sowjet-Union nicht eingehalten habe. Ob man sich aber immer klug verhalten habe, das sei eine andere Frage.

Für die Lage der baltischen Staaten und Polens zeigte er Verständnis; er glaube allerdings nicht, dass diesen Staaten Gefahr aus Russland drohe. „Putin weiß ganz genau, dass dann Artikel 5 des NATO-Vertrages (Beistand der Bündnis-Partner) greifen würde. „Als Realpolitiker wird er dieses Risiko nicht eingehen“, so Arnolds Einschätzung.